

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Durch unsere Boten  
bei uns gegenwärtig 25.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und für Auswärtige die Postanstalten  
entgegen. — Erscheint wöchentlich  
Berufspruch - Anschlag Nr. 53.  
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Abgabepreis für die Abonnenten  
beim Postamt für Aue und  
Umgebung 2.00 Mark, auswärts  
Anzeigen 2.00 Mark, Kellern-Poll  
gelte 7.00 Mark. Bei größeren Ab  
schlüssen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 76

Donnerstag, den 30. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Blättermeldungen aus Halle zufolge wurden 20 Personen, die wegen des Reiter Vandalismus in langjährigen Suchtstrafen verurteilt worden waren, begnadigt und aus der Strafkast entlassen.

Der an England auszuliefernde Tiefendampfer Bismarck ist bei seiner Ausfahrt auf Grund geraten. Die Engländer müssen sich also noch etwas gedulden, ehe sie mit diesem prachtvollen Produkte deutschen Fleißes prunken können.

Nach Meldungen, die aus Funchal in Wien eingetroffen sind, ist der Zustand des Kaisers Karl sehr ernst, so daß er bereits mit den Sterbekameraden versehen wurde.

Der wegen der Kürzung der Löhne drohende rote Streik in England hat begonnen. Etwa 150 000 Werftarbeiter sind in den Ausstand getreten.

Der amerikanische Senat ratifizierte das Abkommen über die Rüstungseinschränkungen zur See.

### Demokratie und Beamtenpolitik.

Von Eisenbahn-Vizepräsidenten Schulz-Steglich, M. d. R.  
Wie man von einer inneren und äußeren Politik von einer Wirtschaft, Handels- und Finanzpolitik zu sprechen gewohnt ist, so gibt es in diesem Sinne fraglos auch eine Beamtenpolitik. Es soll in diesem Worte ein Begriff sein alles, was mit dem Beamtentum, seinem ethischen Inhalt, seinen materiellen Notwendigkeiten, seinen rechtlichen Bedingungen und seinem Wert für Staat und Volk zusammenhängt. Beamtenpolitik braucht darum nicht parteipolitisch gesehen zu werden. Es wäre vielleicht besser, wenn sie abseits von aller Parteien Streit und Haber lediglich unter dem Gesichtspunkt: Wie verschafft sich der Staat ein dienstwilliges, pflichterfülltes, treues und zufriedenes Beamtentum? betrachtet würde. Alles Streben der Parlamente und Regierungen sollte darauf gerichtet sein, sämtliche Vorbedingungen zur Erreichung dieser Ziele zu erfüllen in der Erwägung, daß damit dem Staate und somit der Volksgemeinschaft am besten gedient wird. Ueber die Art, wie man diesem Ziele näher kommt, gehen die Meinungen allerdings stark auseinander. Sie sind beeinflusst von der Anschauungsweise der Parteien in den gesetzgebenden Körperschaften. Denn nicht wie der freie Arbeitnehmer hat der Beamte es in der Hand, sein Verhältnis zum Arbeitgeber Staat nach freier Vereinbarung mit ihm zu regeln. Der freie Arbeitnehmer ist bei Abschluß eines Tarifvertrages oder Arbeitsverhältnisses von keinerlei politischer Anschauung seines Arbeitgebers beeinflusst, sondern trifft sein Abkommen lediglich unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Bewertung seiner Arbeitskraft.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der Beamtenschaft, deren materielle und rechtliche Lage und daraus wachsende gesellschaftliche Stellung abhängig ist von der verständnisvollen Einsicht der jeweiligen Gesetzgeber. Aus diesen ganz anders gearteten Verhältnissen ergibt sich die ganz anders geartete Stellung des Beamten gegenüber dem freien Arbeitnehmer. Daraus folgt aber auch andererseits, daß die gesetzgebenden Körperschaften und Regierungen zu der Beamtenschaft eine andere Stellung einnehmen müssen als der freie Arbeitgeber zum freien Arbeitnehmer. Das Verhältnis des Beamten zum Arbeitgeber — sei es eine Gemeinde, Länder- oder Reichsverwaltung — beruht auf einem beiderseitigen Treueverhältnis, steht also ethisch höher als das lediglich auf bestmöglicher Bewertung der Arbeitskraft beruhende Verhältnis des freien Arbeitnehmers zum freien Arbeitgeber. Das Treueverhältnis des Beamten seiner Verwaltung gegenüber verpflichtet also folgerichtig diese Verwaltung zur Innehaltung desselben Treueverhältnisses der Beamtenschaft gegenüber. In diesen Grundfragen muß man festhalten und sie consequent vertreten. Dann ergibt sich daraus zwangsläufig, daß der Beamtenschaft das Erforderliche zum Lebensbedarf unbedingt gegeben werden muß; auch dann gegeben werden muß, wenn die materielle Lage des Staates zu Einschränkungen aller Art geblendet ist. Es gibt keinen Staat, der ohne ein zuverlässiges Berufsbeamtentum zu bestehen vermag. Die Erhaltung eines mit Vertrauen zum Staate erfüllten Berufsbeamtentums, öffentlich-rechtlicher Natur ist daher eine Staatsnotwendigkeit. Der Staat gibt sich selbst auf, der diesen Notwendigkeiten nicht mehr Rech-

nung zu tragen vermag. Neben der materiellen Sicherstellung hat der Beamte Anspruch auf den Schutz und den weiteren Ausbau wohlverdienter Rechte; an den allgemeinen Freiheiten und Rechtsgarantien des freien Staatsbürgers soll er unbeschränkter Anteil haben. In der Selbstbeschränkung bei Anwendung seiner Rechte und Freiheiten zeigt sich dann, wie stark das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Staat geworden ist. Der Beamte hat sich als Staatsbürger zu fühlen mit besonderen Pflichten gegenüber dem Staat.

Außer der Demokratie verbürgt dem Beamten keine der in Deutschland vertretenen Parteien die Durchführung solcher Grundfragen. Diese Grundfragen sind nämlich Demokratie an sich. Versprechen die rechtsstehenden Parteien ihm materielle Sicherstellung, so wol-

len sie dabei zugleich an seinen Freiheiten kürzen; versprechen ihm die linksgerichteten Parteien Sicherungen der Freiheiten, so wollen sie sie durch geringere wirtschaftliche Sicherstellung, Aufhebung des Berufsbeamtentums erkaufen wissen. Eine aufmerksame Verfolgung der seit Jahren betriebenen Beamtenpolitik der rechts und links von der Demokratischen Partei stehenden Parteien muß jeden Beamten von der Wichtigkeit dieser Behauptungen überzeugen. Im demokratischen Staat, in der Republik, ist das Bestreben des Beamten zur Demokratie nicht nur ein Beweis klarer Erkenntnis obwaltender Tatsachen, sondern auch die beste Förderung seiner Interessen, die in diesem Sinne eine Förderung des allgemeinen Staatsinteresses ist.

### Rathenau über die Reparationsnote.

#### Ein Mißtrauensantrag der Deutschnationalen.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages teilte Präsident Goebel mit, daß ein

#### Mißtrauensantrag der Deutschnationalen

eingetragen ist folgenden Wortlautes:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission versuchten Verrat auf die Souveränität des Deutschen Reiches. Der Reichstag vermißt jedoch in der Erklärung des Reichskanzlers die klare und eindeutige Zurückweisung der Forderung der Reparationskommission auf Schaffung neuer, über die jetzt zur Verabschiedung stehenden Steuergesetze hinausgehender Steuern für Kontributionszwecke. Er vermißt ferner die Zurückweisung des rechtswidrigen und unerträglichen Versuches der Reparationskommission, ihre Hand für die Zwecke der Kontribution auf das deutsche Privatvermögen zu legen. Er bedauert, daß der Reichskanzler sich erneut auf den unerwünschten Angebot von 720 Millionen Goldmark an Devisen und 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen für das Jahr 1922 festgelegt hat. Angesichts der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erwiesenen Politik des Reichskanzlers, wie sie zuletzt in der Note an die Reparationskommission vom 28. Januar zum Ausdruck kam, und angesichts des auch jetzt noch in der Erklärung des Reichskanzlers zutage tretenden Willens, den falschen und verhängnisvollen Weg weiterzugehen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß es einer von dem gegenwärtigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen werde, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesen Gründen verlangt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsversammlung zur Führung der Geschäfte bedarf.

Darauf wurde die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung fortgesetzt. Nach Abg. Marx (Btr.) und Dr. Stresemann (D. Wp.) sprach

#### Reichsminister Dr. Rathenau.

Er erinnerte daran, daß in Cannes dem deutschen Vertreter Gelegenheit gegeben wurde, den deutschen Wirtschaftstandpunkt darzulegen. Die deutschen Vorschläge konnten nicht widerlegt werden. Jetzt soll Deutschland zum ersten Male an einer Weltkonferenz teilnehmen. Schon in Cannes wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Debitenzahlungen von 31 Goldmillionen nur auf kurze Zeit möglich seien, wenn nicht die deutsche Valuta aufs schwerste zerrüttet werden sollte. Es folgte dann das Bemelmann-Abkommen. Die Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März hat jeden in der Welt enttäuscht, der einen wirklichen Frieden erhoffte. Eine Veränderung in der allgemeinen Lage war durch den Reglerwechsel in Frankreich eingetreten. Poincaré nahm den Kampf gegen England auf. Mit dem Verbot, die Reparationen in Genue zur Sprache zu bringen, wurde dieser Hoffnung das Herz ausgebrochen. Lloyd Georges Stärke begann zu sinken. In Kleinasien drang die französische Politik vor. Auf uns aber prasselte ein

#### Regel von Noten

nieder. In zwei Monaten etwa 100 Stück. (Hört, hört!) Die Behörden wurden durch die Verantwortung nahezu lahmgelegt. In der Frage der Reichseldbefreiung haben wir wenigstens eine Zurückstellung der Entscheidung erreicht. Es liegt etwas Tragisches darin, daß die stärkste Militärmacht der Welt bauend einen Angriff des entworfenen Deutschlands fürchtet. Bedauerlich ist die Note wegen der Schulpöbel. In Deutschland ist eine rein nationale Regelung der Wendenmerie nicht möglich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schwer zerrüttet. (Wärm bei den Kommunisten. — Zustimmung rechts.) In unserem Lande mit geschwächter Staatsgewalt müssen wir für Ruhe sorgen. Das ist nur möglich bei starker Polizeigewalt. Es gibt keinen Weg für ein Land mit passiver Zahlungsbilanz, dauernd Goldzahlungen zu leisten, ohne daß die Valuta sinkt,

dabei muß jedes Budget zerrüttet werden. Wir haben der Konferenz in Cannes bewiesen, daß

Deutschland heute schwerer belastet ist, als andere Länder. Man macht nicht den Versuch, uns zu entkräften. Die Reparationen der letzten Jahre belaufen sich auf 1 1/2 Milliarden Goldmark. Das ist die Jahresarbeit von einer Million deutscher Arbeiter. Infolge des Niederganges unserer Landwirtschaft müssen wir für 2 Milliarden Goldmark Lebensmittel einführen. Wir haben dabei unseren ausländischen Besitz verloren. 8 Millionen Deutsche müssen Jahr für Jahr arbeiten, um den Stand einigermaßen wiederherzustellen, der uns vor dem Abstieg ohne Arbeit beschert war. Das ist eine starke Verfassung, die aber nicht produktiv ist. Das ist ein Verfall. Hat eine Gesellschaft 100 Millionen Mark Aktienkapital und zahlt sie 20 Prozent Dividende, so hat sie auf dem Goldwert ihres Kapitals immer nur 1/4 Prozent. Die

Ententnote ist auf Trugschlüssen entstanden, und dann wird behauptet, Deutschland wolle nicht zahlen. Ebenso ist es mit der Entlastung. Unter großer Bewegung des Hauses stellt der Minister fest, daß das deutsche liquidierte Eigentum im Auslande einen Wert von 11,7 Milliarden hat, die ausgelieferte Flotte von 3,7, das Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten von 6,5, das übergebene Eisenmaterial von 2 Milliarden Gold. (Bewegung.) Die rückgelassenen Güter nicht militärischer Art machen 5,8 Milliarden aus, die Ansprüche gegen unsere Kriegsverbündeten 7 und der Wert der Saargruben 1,1 Milliarde, die Kohlenlieferungen 1,8, die Reparationen in bar bezahlt 1,8 Milliarden Goldmark. Dazu kommen noch kleinere Posten in Höhe von 2,9 Milliarden Mark. Wir kommen somit zu einer Gesamtleistung seit Kriegsende von 45,8 Milliarden Goldmark (lebhaft Bewegung) ohne den Wert der Kolonien und den politischen Wert Oberschlesiens und Westpreußens. Dadurch würde die Summe um über 100 Milliarden Goldmark erhöht werden. (Hört, hört!) Das muß dem Auslande gesagt werden, das immer noch sagt, Deutschland habe nichts bezahlt. Hier liegt die stärkste Leistung, die jemals von einem Volke geleistet wurde. An Gewehren sind abgeliefert 5,8 Millionen, an Maschinengewehren 102 000, an Minen- und Granatwerfern 28 000, an Geschützen und Rohren 58 000, an scharfen Hand- und Gewehrgranaten 14 Millionen, an scharfer Artilleriemunition und Mörnern 31 Millionen. Dazu gewaltige Mengen Pulver. Demgegenüber ist die Behauptung vermessend, Deutschland habe zur Abrüstung nichts getan. Die deutsche Abrüstung ist eine Leistung von unerhörter Größe. Davon ändern einige Waffenfunde nichts. Noch in hundert Jahren wird man vermutlich hier und dort in Deutschland noch Waffen finden, ebenso wie man heute noch Münzen und verrostete Schwerter aus der römischen Zeit findet. Mit dem, was Deutschland an Waffen verbleibt, kann man keinen Krieg führen. Das entwaffnete Deutschland steht einem Europa gegenüber, das von Waffen starrt. Vor dem Kriege gab es in Europa 8,7 Millionen Soldaten, jetzt 4,7 Millionen. (Hört, hört!) Da kann man nicht von einem kriegsbegeisterten Deutschland sprechen. Deutschland ist bald verhungert aus dem Kriege hervorgegangen in Folge der über das Kriegsende verlängerten Blockade. Dann haben wir eine Revolution durchgemacht und wirtschaftliche Krisen, die noch nicht beendet sind. Die Welt muß sich endlich entschließen, die deutschen Verhältnisse so zu sehen, wie sie sind. Der

Wahrheitsstrom muß seinen Weg um die Erde machen. Die Tür zu Verhandlungen ist nicht zugeschlagen. Wir brauchen aber einen anderen Zahlungsplan. Dem Kabinett ist es gelungen, das Reich unversehrt zu er-

und Ber...  
Bei...  
Zimmer...  
Kaufmann...  
Werner...  
Fälle...  
Förner...  
Papier...  
Gegel...  
amer...  
liert...  
en...  
Ca.